

Stellungnahme des vom Geschäftsführer beauftragten Anwaltsbüros vom 15. September 2023 auf Nachfrage von nachtkritik.de

„Bei den erhobenen Vorwürfen handelt es sich um die persönliche Meinung der Erfolgsleute des Noch-Intendanten Laufenberg, die mit ihm bald aus dem Staatstheater ausscheiden. Unser Mandant weist sämtliche dieser Vorwürfe als unzutreffend zurück

Die Art und Weise der Angriffe und deren Formulierung verwundern. Die künstlerisch Verantwortlichen wollen ihre Projekte durchführen. Dabei sollen sich die Finanzmittel nach den Projekten richten und nicht die Projekte nach den zur Verfügung stehenden Budgets.

Mit den vorhandenen Gesamtmitteln des Staatstheaters kann der geplante Spielplan 2023.24 nicht umgesetzt werden. Bereits in 2022 mussten die Träger zusätzliche Zuschussmittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro bereitstellen, das Defizit 2022 belief sich trotzdem auf über 900.000,00 Euro, die ins Folgejahr 2023 übertragen wurden. Zu Streichungen oder Reduktionen ist der Intendant (und seine Leitungsebene) nicht bereit.

Eine Anpassung des Spielplans wurde und wird vom Intendanten mit dem Hinweis auf die Kunstfreiheit verweigert. Kunstfreiheit wird in Wiesbaden derzeit als die Freiheit des Künstlers aufgefasst, Steuergeld auszugeben!

Da die Mittel aber nicht ausreichen, können nicht für alle Vorhaben der Intendanz Verträge ausgestellt werden. Trotzdem wird durch den Intendanten zugelassen, dass ungeachtet dessen die Arbeit ohne bestehende rechtsgültige Verträge aufgenommen wurde.

Verträge für Produktionen, die auch freie Künstler betreffen, können erst dann rechtsgültig abgeschlossen werden, wenn die Finanzierung gesichert ist. Dies ist aufgrund der bestehenden Haushaltssituation (Übernahme Defizit 2022, Kostensteigerungen, geringere Einnahmen etc.) derzeit nicht der Fall, so dass produktionsbezogen bestimmte Verträge nicht ausgestellt werden können.

Gleichzeitung wird von Seiten der Belegschaft und durch den Personalrat bis hin zur Abteilungsleiterenebene die Überbelastung durch den Spielplan thematisiert und kritisiert. An den gemeinsamen Monatsgesprächen mit der Personalvertretung nimmt der Intendant nicht teil.

Arbeitsaufgaben können seit Jahren aufgrund des Umfangs der Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Deshalb wäre der Umfang der Produktionen und Aufführungen zu reduzieren und den finanziellen Realitäten anzupassen.

Überlastungsanzeigen der Beschäftigten kommen aus vielen Abteilungen des Theaters, es besteht dessen ungeachtet aber nicht die Bereitschaft der Intendanz weniger zu produzieren. Es gibt daher seit Jahren eine große Fluktuation im gesamten Theater. Die Mehrbelastung konnte in der Vergangenheit auch durch zusätzliches Personal aus-

geglichen werden. Aufgrund der Vorgaben der Träger, dass Etats einzuhalten sind, ist dies nicht mehr möglich.

Daher kommen derzeit zwei Dinge zusammen: Der mögliche Produktionsumfang wird nicht angepasst und weniger Personal unterliegt einer immer höheren Belastung. Im Ergebnis: Die Intendanz Laufenberg ist am Ende des Geldes angekommen, die vom Landtag bewilligten Mittel reichen nicht für eine defizitfreie Übergabe an die neue Intendanz im Sommer 2024.

Unser Mandant hat natürlich Verständnis für Kritik an Sparmaßnahmen, die naturgemäß gerade von den betroffenen Künstlern bzw. dem Intendanten als unpopulär empfunden werden. Diese sind jedoch in der heutigen schwierigen Zeit aus kaufmännischer Sicht notwendig und müssen schon deshalb getroffen werden, um die finanziellen Vorgaben durch die Träger innerhalb des hessischen Landeshaushalts umzusetzen.“